

## Niederschrift

### zur 38. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 14.02.2013	18:05- 19:40 Uhr	Hotel Kaiserhof Raum "Fontane", Friedrich-Engels-Straße 1a, 15517 Fürstenwalde/Spree

#### Anwesenheit

**Fraktion DIE LINKE.**

Monika Fiedler , Martin Gollmer , Käthe Radom , Gerold Sachse ,

**CDU-Fraktion**

Wolfgang Petenati , Jürgen Teichmann ,

**SPD-Fraktion**

Helga Bluschke , Ines Jeske , Klaus Runge ,

**FDP-Fraktion**

Eberhard Henkel , Lothar Hoffrichter Vertretung für Herrn Lutz König, Petra Schumann ,

**Bündnis 90/Die Grünen**

Peter-Frank Apitz ,

**Sachkundige BürgerInnen**

Jürgen Lüder ,

**Verwaltung:** Bürgermeister Herr Hengst, Gleichstellungsbeauftragte Frau Trilling, Sachbearbeiterin der Fachgruppe Familie, Soziales und Bildung Frau Brandner, für das Protokoll Frau Stein

**Gäste:** Frau Freninez und Herr Thieme von der Caritas, drei Vertreter der GefAS, Vorstand des Vereins Frauen helfen Frauen e. V., Herr Stemmler von der MOZ

#### Abwesend

**Vorsitz**

Elke Wagner ,

**FDP-Fraktion**

Lutz König ,

**Sachkundige BürgerInnen**

Sebastian Bernhardt entschuldigt, Jörg Knauth , Hans-Joachim Lachmann entschuldigt,

#### TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Um 18.05 Uhr begrüßt die **stellvertretende Vorsitzende** alle Anwesenden zur 38. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen.

## **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Es sind 13 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend.

## **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die vorliegende Tagesordnung wird durch eine Tischvorlage, Beratungsdrucksache 5/549 unter dem TOP 6.3 ergänzt. Der Antrag der Fraktion Die Linke auf finanzielle Veränderungen zum Entwurf der Förderung der Wohlfahrtspflege 2013, wird unter dem TOP 6.1 als Unterpunkt 6.1.1 eingegliedert.

Vor der Abstimmung der TO bemängelt der Abgeordnete **Runge**, dass die Niederschriften der 37. Sitzung wie in der TO aufgeführt, nicht vorliegen. Frau **Schumann** teilt daraufhin mit, dass die Niederschrift im Entwurf vorliegt jedoch aus Krankheitsgründen nicht Korrektur gelesen wurde und somit noch keine Freigabe erfolgen konnte. Herr Runge zweifelt auch die Vorlage zur nächsten Sitzung an.

Frau **Schumann** bittet über die geänderte TO abzustimmen.

**Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 37. Sitzung vom 10.01.2013**

entfällt

## **TOP 5 Informationen der Vorsitzenden**

Die **stellvertretende Vorsitzende** macht auf folgende Termine aufmerksam und informiert:

- Zwischenstandsveranstaltung des Beteiligungsprojektes: „Fürstenwalde - Fit für Beteiligung“  
25.02.2013, 14.00 Uhr in der Kufa, eingeladen sind die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Frau Dr. Münch und der Staatssekretär für Bildung, Jugend und Sport Herr Jungkamp
- gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses und des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen zum Thema Integrationskonzept, zu Gast ist Professor Heckmann von der Uni Bamberg  
13.03.2013, 18.00 Uhr, Hotel Kaiserhof, Raum „Berlin“
- der nächste Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen zum Kinderschutzbericht findet am 28.02.2013 statt, beginnt jedoch erst um 19.00 Uhr
- Schöffenwahl - im ersten Halbjahr 2013 werden in der Stadt Fürstenwalde/Spree für die

Amtszeit von 2014 bis 2018 insgesamt 48 Frauen und Männer gesucht, die am Amtsgericht Fürstenwalde/Spree und am Landgericht Frankfurt (Oder) als Vertreter des Volkes an der Rechtsprechung in Strafsachen teilnehmen, entsprechende Bewerbungsformulare werden in Umlauf gegeben

## **TOP 6      Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung**

### **TOP 6.1    Anträge der freien Wohlfahrtspflege 2013**

Frau **Schumann** erinnert daran, dass dieser TOP auf der TO der letzten Sitzung am 10.01.2013 stand und aus verschiedenen Gründen vorzeitig abgebrochen wurde. In Vorbereitung auf die heutige Sitzung wurden die sitzungsrelevanten Unterlagen (Power-Point und die überarbeitete Übersicht) zeitnah im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt. Des Weiteren hatte die Abgeordneten die Möglichkeit, bei Bedarf mit den Vereinen, Verbänden und Selbsthilfegruppen ins Gespräch zu kommen.

Auf Vorschlag der stellvertretenden Vorsitzenden erklären sich **die Mitglieder** des Ausschusses einverstanden, zunächst den vorliegenden Antrag der Fraktion Die Linke zu bearbeiten und im Anschluss daran die Präsentation zur freien Wohlfahrtspflege 2013 fortzuführen.

#### **TOP 6.1.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE auf finanzielle Veränderungen in der Förderung der Wohlfahrtspflege 2013**

Herr **Sachse** berichtet von einer „Rundreise“ in den antragstellenden Einrichtungen, bei der Frau Radom und er auf eine ganze Reihe nachfragewürdiger Dinge gestoßen sind. Zunächst lobt er den Verein Positiv – Seniorenbegegnungsstätte, in der zwei engagierte Frauen hochprofessionelle Arbeit leisten und durch das vielseitige Angebot stets eine 90%ige Teilnehmerquote zu verzeichnen ist. Im Gegensatz dazu ist der Abgeordnete der Meinung, dass der BSV kein Seniorenverein ist sondern dass es sich hier um die Finanzierung der Kreisgeschäftsstelle des Vereins in der Eisenbahnstraße handelt. Hier sollte geprüft werden, ob der Verein nicht unter einem anderen Dachverband untergebracht werden könnte.

Das Projekt "Aufwind – Treffpunkt Domgasse“ betreut ausschließlich Klienten aus der ambulanten Betreuung der Samariteranstalten. Hier werden offenbar Kosten für das Büro, wie z. B. Telefonkosten und Versicherung, geltend gemacht. Die Fraktion ist der Meinung, dass die tatsächlichen Leistungen des Projekts über soziale Träger abgerechnet werden könnten.

Der Punkt 3 des vorliegenden Antrages zum BSV Seniorenverein Fürstenwalde hat sich bereits aufgeklärt, die jährlich geltend gemachten 1.500 € sind nicht Müllgebühren, es handelt sich um die jährlichen Betriebskosten (Heizung, Wasser u. a.) für die Geschäftsstelle in der Eisenbahnstraße. Zum freien Träger Caritas erklärt Herr Sachse, dass hinter dem Projekt Integration durch aktive Begegnung, das schon jahrelang bekannte Nähprojekt steht. Laut Aussagen des Leiters der Caritas in Fürstenwalde ist das Projekt schon seit längerer Zeit geschrumpft und nicht mehr so aktiv. Grund dafür sind die ausgelaufenen MAE – Stellen.

Eine ähnliche Situation konnte auch im FamilieninfoCafe festgestellt werden. In den Räumlichkeiten finden diverse Veranstaltungen aus dem Programm der Caritas statt. Der Raum wird von einer Angestellten der Caritas verwaltet, die auch für andere Aufgaben zuständig ist und nicht immer vor Ort sein kann. Dies sollte anders organisiert werden und ist aus Sicht der Fraktion nicht förderungswürdig.

Herr Sachse schlägt zusammenfassend vor, Einsparungen in den beiden vorgenannten Projekten der GefAS zukommen zu lassen und wie auch in den vergangenen Jahren (außer 2012) die Seniorenbetreuung und die Begegnungsstätte für sozial - schwache Menschen zu fördern. Er weist darauf hin, dass es gerade diesem Personenkreis aus finanzieller Sicht nicht möglich ist, andere Angebote in der Stadt nutzen zu können.

Frau **Schumann** erklärt, dass Herr Thieme, Leiter der Caritas in Fürstenwalde, Rederecht beantragt hat und dem hiermit zugestimmt wird.

Herr **Thieme** hat sich über das Interesse der Abgeordneten zu den Tätigkeitsbereichen der Caritas gefreut, weist jedoch darauf hin, dass eine Anmeldung des Besuches wünschenswert gewesen wäre und bittet einige Ausführungen vom Abgeordneten Sachse zum Familieninfocafe richtig stellen zu dürfen.

Das Familieninfocafe ist ein niederschwelliges Angebot der Familienberatung, das sich sowohl mit der Kindeswohlgefährdung als auch mit der Stärkung der Elternkompetenz beschäftigt. Mitte des vorigen Jahres ist die dafür geschaffene Kommunal-Kombi-Stelle ausgelaufen, die durch eine Bundesfreiwilligen-Dienst-Stelle ersetzt werden soll. Für diesen Personaleinsatz wurde ein Zuschuss für das monatliche Taschengeld und die Sozialversicherungsbeiträge bei der Stadt beantragt.

Zur Nähstube informiert Herr Thieme, dass nach Auslaufen der MAE - Stellen das Konzept des Projektes in eine Selbsthilfwerkstatt umgestellt wurde. Hier besteht die Möglichkeit, Nährarbeiten unter fachlicher Aufsicht selbst zu verrichten und dabei Kompetenzen und Fähigkeiten zu erwerben.

Der Abgeordnete **Hoffrichter** stellt fest, dass es in Fürstenwalde ein funktionierendes Netzwerk gibt und hinterfragt, welches Motiv die Fraktion DIE LINKE bewegt, die GefAS so zu hofieren, ohne das wesentlich Neues geboten wird. Er ist der Meinung, dass die GefAS ihren Sitz in Erkner hat und sich hier in Fürstenwalde „eingenistet“ hat.

Herr Hoffrichter vergleicht die sächlichen Kosten des Vereins mit denen der Haltestelle, die die gleichen Leistungen für weniger finanziellen Aufwand anbietet. Er bemängelt, dass Einnahmen z. B. durch das Möbellager, nicht erkennbar sind. Er fordert „saubere Unterlagen“ um weitere Entscheidungen treffen zu können.

Zur Seniorenbetreuung macht der Abgeordnete darauf aufmerksam, dass bereits 7 Begegnungsstätten agieren, das Gebäude sich am Rande des Stadtgebietes befindet und schwer erreichbar ist. Des Weiteren ist auch für die Nutzer der Tafel der Zugang zur Einrichtung nicht barrierefrei.

Zu den Ausführungen von Herrn Hoffrichter teilt Frau **Radom** mit, dass die GefAS seit 1992 in Fürstenwalde angesiedelt ist und weist den Wortlaut „eingenistet“ vehement zurück.

Der Eingang zum Gebäude in der Hegelstraße wurde im Rahmen der Aktion des RBB „96Stunden“ behindertengerecht gestaltet, so dass die Tafel und die Begegnungsstätte barrierefrei zu erreichen sind. Erfahrungsgemäß suchen die Nutzer der Tafel gleichzeitig auch die Begegnungsstätte im Hause auf, da die Nutzung ohne Vereinsgebühr oder Beitragszahlungen möglich ist.

Zum Möbellager erklärt die Abgeordnete ergänzend, dass im Sinne der Bürger die Abholung der gebrauchten Möbel/Einrichtungsgegenständen kostenlos erfolgt und Dinge die nicht mehr weiter zu vermitteln sind, auch kostenlos entsorgt werden.

Die erwähnte Zahl von 1.495 Bedürftigen sind im Besitz von Ausweisen (Nachweis über die Bedürftigkeit) und somit berechtigt die Angebote der Tafel zu nutzen.

Abschließend merkt Frau Radom an, dass auch die Verwaltung Nachweise über Einnahmen des Vereins anfordern hätte können!

Auf Anfrage von Herrn **Petenati**, versichert Herr **Gollmer**, dass der vorliegende Antrag in der Fraktion beraten worden ist, worauf er etwas mysteriös verpackt das Bischofsschloss erwähnt.

Die **stellvertretende Vorsitzende** verweist an dieser Stelle auf Einhaltung der Gesprächskultur und bittet um Disziplin.

Herr Petenati bittet die Anwesenden über die Ausführungen von Herrn Thieme nachzudenken und verweist auf den Kreissozialplan, der alle sozialen Absicherungen regelt.

Zusammenfassend schließt er sich den Ausführungen des Abgeordneten Hoffrichter an und teilt mit, dass der hier diskutierte Antrag der Fraktion DIE LINKE seitens der CDU-Fraktion abgelehnt wird.

Frau **Fiedler** ist über die vorangegangenen Unterstellungen von Herrn Petenati erschüttert. Sie verweist auf die umfangreichen Diskussionen im Vorjahr, in der es um die Anschaffung des Kühlautos für die GefAS ging. Für diese Entscheidung lagen alle wesentlichen Unterlagen für den Antrag vor. Die Abgeordnete erinnert nochmals daran, dass die Angebote des Vereins in den Jahren 2009 bis 2011 gefördert wurden.

Zur Anmerkung von Herrn Petenati bezüglich Bischofsschlosses gesteht Herr **Sachse** den Anwesenden, dass er ein Treffen mit der Fraktionsvorsitzenden Frau Wagner im Bischofsschloss hatte, worauf Frau **Schumann** dies legitimierte.

Der **Bürgermeister** merkt besorgt an, dass die geführten Diskussionen nicht auf die Inhalte gerichtet sind sondern auf die einzelnen Träger und das darf nicht sein! Bei der Bewilligung der Gelder sollte die Qualität und Quantität der Angebote im Vordergrund stehen! Er macht darauf aufmerksam, dass sich der soziale Markt wie auch in anderen Bereichen erweitern wird. Es werde auf Dauer keine Erbhöfe geben.

Angebote von den Zielgruppen sollten inhaltlich hinterfragt werden, wie sinnvoll und notwendig sie sind. Herr Hengst sensibilisiert die Mitglieder des Ausschusses die jährliche Gesamtsumme von 149.000 € nach objektiven Kriterien aufzuteilen und die wirkliche Notwendigkeit von Erträgen, Einnahmen und Aufwendungen für die entsprechenden Maßnahmen zu prüfen.

Er bittet um Fairness gegenüber den mit der Thematik altvertrauten Mitarbeitern der Verwaltung (Herr Politz ist erkrankt), die die einzelnen Anträge auf ihren Inhalt geprüft und ihre Entscheidung getroffen haben. Ihnen sollte Gelegenheit gegeben werden, ihre Entscheidungen zu argumentieren und mit ihnen Details bzw. Verschiebungen zwischen den Trägern nochmals zu diskutieren.

Der Bürgermeister regt an, zunächst über die Gesamtsumme von 149.000 € zu entscheiden, da dies für die Haushaltsberatung von großer Bedeutung ist.

Herr **Sachse** zeigt Verständnis für die Anregung des Bürgermeisters, merkt aber nochmals an, dass trotzdem ein Träger leer ausgeht und bittet die GefAS, mit ihren Angeboten für die sozial - schwachen Leute, in die Planung aufzunehmen. Er schlägt im Namen seiner Fraktion eine 5%-ige Kürzung im Bereich der sozialen Hilfen und Projekte vor. Worauf Herr **Hoffrichter** entgegnet, dass dieses Klientel auch in der Haltestelle der Caritas ein und ausgeht.

Herr **Gollmer** erinnert daran, dass die Einrichtung Kiezkom in der letzten Sitzung den Wunsch geäußert hat, eine Förderung in Höhe von 3.000 € in den Haushalt 2013 aufzunehmen.

Herr **Teichmann** beantragt die Abstimmung über die Gesamtsumme der Förderung in der Wohlfahrtspflege 2013. Eine detaillierte Aufgliederung der Mittel zwischen den Trägern sollte in einer gesonderten Diskussion fortgesetzt werden.

Die Abgeordnete **Fiedler** erinnert nochmals daran, dass der Termin zur Abgabe der Anträge zur freien Wohlfahrtspflege der 30.06. des laufenden Jahres ist. Der Fachausschuss wurde jedoch erst am 10.01.2013 mit einer Tischvorlage über die Anträge und den Vorschlag zur Förderung informiert. Da die Übersicht zudem noch mit Fehlern behaftet war und keiner der Anwesenden den Überblick über das vorliegende Zahlenmaterial gewonnen hatte, wurde der TOP unterbrochen. Frau Fiedler bittet den Bürgermeister dafür Sorge zu tragen, dass die Abgeordneten spätestens im Oktober/November über die gestellten Anträge und die dazugehörigen Entscheidungsvorschläge der Verwaltung unterrichtet werden.

Herr **Hengst** teilt daraufhin mit, dass diese Problematik bereits in der Verwaltungsführung angekommen ist und dazu schon eine Zeitschiene vom Fachbereichsleiter erarbeitet wurde.

Herr **Petenati** erklärt bezüglich der Geschäftsordnung, dass die Information über das Treffen von Frau Wagner und Herrn Sachse im Bischofsschloss nicht durch Herrn Hoffrichter erfolgt ist.

In Absprache mit den Anwesenden greift Frau **Schumann** den Antrag vom Abgeordneten Teichmann auf, worauf Herr **Apitz** noch einen Antrag im Sinne der freien Träger, die sich Rechtssicherheit wün-

schen, stellt. Herr **Hengst** weist darauf hin, dass eine Rechtssicherheit nur mit dem Beschluss des Haushaltes 2013 in der Stadtverordnetenversammlung gegeben werden kann und dies erst im April geschehen wird. Auf Hinweis von Herrn **Sachse** hat eine Abstimmung über den Antrag des Abgeordneten Apitz keine Wirkung, da der Sozialausschuss nur ein empfehlender Ausschuss ist und nur ein Votum an das beschließende Gremium abgegeben werden kann. Des Weiteren ist eine erneute Antragstellung zu der Thematik nicht möglich, da über den vorliegenden Antrag seiner Fraktion noch nicht entschieden wurde. Herr **Apitz** nimmt seinen Antrag zurück.

Abschließend bittet Frau Schumann um Folgendes abzustimmen:

„Der Sozialausschuss beantragt die detaillierte Verteilung der Gesamtsumme von 149.000 € zur Förderung der Wohlfahrtspflege 2013 in der Sitzung am 21.03.13 fortzusetzen.“

**Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 6.2 Antrag der SPD - Fraktion zu den Frauennotwohnungen in Fürstenwalde/Spree**

Die **Gleichstellungsbeauftragte** begrüßt den Vorstand des Vereins Frauen helfen Frauen e. V.. Der Verein ist der Träger des Frauenhauses in Fürstenwalde/Spree. Derzeit ist eine fest angestellte Mitarbeiterin mit 40 Stunden tätig, der Einsatz einer weiteren Mitarbeiterin über die Maßnahme Arbeit für Brandenburg läuft am Ende des Monats aus. Der Verein selbst übernimmt eine Reihe von ehrenamtlichen Arbeiten wie z. B. den 24 h – Notruf. Die Unterkunft wird von der Wohnungswirtschaft für eine symbolische Miete zur Verfügung gestellt.

Im LOS befinden sich seit 1991 zwei Frauenhäuser. Aktuell verfügt Fürstenwalde über 4 und Eisenhüttenstadt über 15 Plätze. Die Finanzierung der Einrichtungen erfolgt durch das Land, den LOS und die Kommune. Der geplante Eigenanteil (Tagessatz) wird im Allgemeinen vom Jobcenter übernommen.

Frau Trilling erläutert die Auslastung des Frauenhauses in den Jahren von 2009 bis 2012. Pro Jahr werden ca. 20 Frauen und ca. 15. bis 20 Kinder aufgenommen. Dem gegenüber stellt Sie die Zahlen der abgewiesenen Frauen und Kinder, die dann an andere Frauenhäuser (Eisenhüttenstadt, Frankfurt/Oder) vermittelt werden.

	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Aufgenommene				
Frauen	16	22	21	14
Kinder	14	20	14	15
Auslastung	89 %	179 %	170 %	142 %
Abgewiesene	0			
Frauen		13	38	45
Kinder		3	51	79

Es hat sich gezeigt, dass eine Aufstockung des Platzangebotes dringend erforderlich ist und dem gestiegenen Bedarf entspricht. Die Plätze können im vorhandenen Objekt mit kleinen organisatorischen Veränderungen realisiert werden. Insgesamt gesehen würde dies die Position des Fürstenwalder Frauenhauses im Kontext der Frauenhäuser im Land Brandenburg stärken.

Die **stellvertretende Vorsitzende** verliest den Beschlussvorschlag und bittet um Abstimmung.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Stadtverwaltung zu beauftragen mit dem Landkreis eine Anpassung an die Bedarfe der Frauennotwohnungen herbei zu führen.

**Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

#### **TOP 6.3 Weiterführung des Babybegrüßungsdienstes in der Fachgruppe Familie, Soziales und Bildung entsprechend der Empfehlung des Sozialausschusses vom 15.10.2012 und der Befürwortung der Mitglieder des Hauptausschusses vom 17.10.2012 5/549**

Frau **Schumann** erinnert an den Sozialausschuss vom 15.10.2012, in dem der Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung Herr Politz und die derzeitige Stelleninhaberin Frau Güttler die Aufgaben des Babybegrüßungsdienstes detailliert vorgestellt haben. Die stimmberechtigten Mitglieder waren sich einig, den Babybegrüßungsdienst zu erhalten.

Herr **Hengst** informiert, dass die Stelle in Hinblick auf den Haushalt zunächst bis 31.03.2013 befristet wurde. Er bittet den Fachausschuss heute erneut um Entscheidung, ob ein unbefristetes Anstellungsverhältnis befürwortet wird.

Da keine weiteren Anfragen bestehen, bittet die **stellvertretende Vorsitzende** um das Votum der Abgeordneten.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Stelle Babybegrüßungsdienst mit einem Stellenumfang von 0,75 VZE (30 Stunden) unbefristet ab 01.04.2013 in der Fachgruppe Familie, Soziales und Bildung beizubehalten und die entstehenden Personalkosten zuzüglich der Gemeinkosten in Höhe von jährlich ca. 31.450,00 Euro zu tragen.

**Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

#### **TOP 7 Informationen der Verwaltung**

Frau Trilling macht auf die Brandenburgische Frauenwoche, vom 01.03. bis 22.03.2013, mit vielseitigen und interessanten Themen aufmerksam.  
(der Newsletter wurde zur Verfügung gestellt)

#### **TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

Die Abgeordnete **Radom** weist auf die zur Verfügung stehenden Bildungs- und Informationsbroschüren 2013 der GefAS hin.

Herr **Sachse** bittet das Hinweisschild am Haus am Schwan zu ergänzen. Darauf stehen Öffnungszeiten jedoch nicht, dass diese für den Martinigarten gelten.

Herr **Apitz** äußert sich erfreut über das neue Domizil des Tourismusbüros. Er kann dies jedoch nicht

ungehindert befahren. Der Eingang ist für Rollstuhlfahrer zu schmal und müsste dementsprechend angepasst werden um einen barrierefreien Zugang zu ermöglichen. Der **Bürgermeister** nimmt den Hinweis auf.

## **TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Da im nicht öffentlichen Teil der Sitzung keine Niederschrift zur Abstimmung vorliegt, es keine Informationen der Verwaltung und keine Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses gibt, schließt Frau **Schumann** um 19.40 Uhr die 38. Sitzung.

Die Niederschrift umfasst

Elke Wagner

---

Vorsitzende

Schriftführer